

## **Christian Schwaab: Arbeitsmarkt/Prekarisierung:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer heute keine Arbeit oder keinen Ausbildungsplatz hat, ist ausgegrenzt.  
Wirtschaftlich, aber auch sozial.

Leider gilt der Umkehrschluss nicht! Arbeit schützt nicht vor Ausgrenzung. Vielmehr häufen sich im Jahre 10 nach den Hartz-Reformen die Fälle von Erwerbstätigkeit mit miesen Arbeitsbedingungen und fehlenden Perspektiven die viele unserer Kolleginnen und Kollegen an den Rand der Gesellschaft drängen.

Mini-Jobs, Leiharbeit, Befristungen, Niedriglohn, Werksverträge, unfreiwillige Teilzeit ... das sind die „Errungenschaften“, die uns seitens der Bundesregierung als erfolgreiche Beschäftigungspolitik verkauft werden und uns das Jobwunder Deutschlands beschert haben.

Dabei wird aber immer ausgeblendet, dass solche Formen von prekärer Arbeit eine Keil zwischen unsere Belegschaften treiben und sich dabei vom Rand immer weiter in die Zonen hinein fressen, die sich noch durch tariflich regulierte Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsrechte auszeichnen.

Klar ist, dass die Zunahme von prekärer Beschäftigung ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, das aber besonders uns, die junge Generation am stärksten betrifft. Gerade in der Zeit in der man sein Leben in die Hand nehmen und planen will hat ein junger Mensch mit einer Riesigen Unsicherheit und Existenzängsten zu kämpfen.

Die Bundesregierung spielt ein verlogenes Spiel. Vor wenigen Wochen hat man sich zu einem Jugendgipfel getroffen, dabei aber nur halbherzige Maßnahmen beschlossen. Gewerkschaften, Betriebsräte und Tarifverträge werden als Kernelement der sozialen Marktwirtschaft gelobt und auf der anderen Seite werden Arbeitsverhältnisse die zu einer Aushöhlung unserer Tarifverträge führen gefördert.

Überall heißt es dann wieder: Sozial ist, was Arbeit schafft.

Da stellt ein Arbeitgeber Menschen als Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen ein, schert sich aber einen Dreck darum, ob ihnen der Lohn zum Leben reicht. Ist doch kein Problem, weil das Arbeitsamt ja schließlich aufstockt.

Was, verdammt noch mal, soll daran denn bitte sozial sein?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die IG Metall wird sich niemals damit abfinden, dass Arbeit zur Ramschware verkommt. Wenn es so etwas wie ein Urheberrecht auf die Frage gibt, was gute Arbeit ist, was sozial ist und wie man beides verbindet, dann ist es unser Urheberrecht.

Daraus leiten wir unsere Forderungen an die Politik ab. Forderungen, die durch ein starkes Mandat im Rahmen der Beschäftigtenbefragung gedeckt sind.

Statt prekärer Beschäftigung zu Armutslöhnen brauchen wir die strikte Begrenzung und wirksame Regulierung von Leiharbeit und Werksverträgen.

Sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft und die Privilegierung von Mini-Jobs aufgehoben werden.

Wir brauchen allgemeinverbindliche branchenbezogene Mindestentgelte auf Basis der untersten Tarifentgelte. Ergänzt um einen gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 EUR als untere Auffanglinie.

Außerdem müssen die Hartz IV Regelsätze bedarfsgerecht und existenzsicher ausgestaltet und die Maßnahmen der Bundesagentur auf nachhaltige Vermittlung und Qualifizierung ausgerichtet werden.

Es sind verstärkte Anstrengungen auf allen Ebenen notwendig, um benachteiligten Jugendlichen den Zugang zu einer guten Ausbildung zu eröffnen, anstatt sie zu Hunderttausenden in Warteschleifen ohne Anbindung zu parken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in zahlreichen Reden wird über „Gute Arbeit“. Am Tag darauf bleibt dann alles so wie es ist. Wir haben die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass sich das vom Sonntag dem 22. auf Montag den 23. September ändert.

Denn eine Politik, die Arbeit nicht wertschätzt, eine Politik Beschäftigte 2. und 3. Klasse schafft, eine Politik, die elementare Grundrechte wie Mitbestimmung am Arbeitsplatz aushebelt, ist nicht tragbar.

Das ist eine Politik die wir abwählen müssen.

Und wir können diese Politik abwählen wenn wir von unserem Wahlrecht Gebrauch machen und für eine hohe Beteiligung werben.

Für einen Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Danke für die Aufmerksamkeit.